
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59531

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ZUM STAND DER HISTORISCHEN DDR-FORSCHUNG: EIN ÜBERBLICK ÜBER INSTITUTIONEN UND PROJEKTE

I.

Bereits im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung und verstärkt in den Jahren 1991 bis 1993 wurde DDR-Geschichte publikumswirksam vermarktet. Ausführlich thematisierten die Medien die Internierungslager der Sowjetunion in ihrer Besatzungszone, den Justizskandal von Waldheim, die Untaten des Ministeriums für Staatssicherheit mit seinen zahllosen informellen Mitarbeitern, die vermeintliche ›Kumpanei‹ der evangelischen Kirche mit dem SED-Regime und die unrühmliche Rolle der westdeutschen Politiker, die durch ihre Anbiederung an die SED-Führung zur Stabilität des DDR-Regimes angeblich beigetragen hatten. Mittlerweile sind die Meinungsmacher auf ihre gewohnten Pfade zurückgekehrt und behandeln DDR-Themen allenfalls am Rande. Die historische DDR-Forschung indes hat nach wie vor Konjunktur¹. Das öffentliche Interesse und die im allgemeinen gut zugänglichen, reichen Ertrag versprechenden Archivalien² haben zum Entstehen einer äußerst vielfältigen Forschungslandschaft auf diesem Gebiet beigetragen.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun daraus, daß die DDR zu einem zentralen Untersuchungsgegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung geworden ist? In Anknüpfung an Hans Günter Hockerts ist zunächst zweierlei zu beachten³. Zum einen: Da Zeitgeschichte sich immer im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik bewegt, besteht einerseits die Gefahr, daß außerwissenschaftliche Interessen gerade bei der Erforschung der jüngsten Vergangenheit überhandnehmen können. Dies gilt in besonderem Maße für die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte. Nicht nur die SED und die ihr ergebenden Historiker instrumentalisieren diese zu politischen Zwecken; auch nach 1989 konnten derartige Bemühungen registriert werden. Zum anderen: Die Geschichte der DDR ist abgeschlossen. Die sich daraus für den Zeithistoriker ergebenden Folgen sind ambivalent. Einerseits steht er nicht mehr vor dem Problem, Prozesse behandeln und beurteilen zu müssen, deren langfristige Folgen er noch nicht kennt; andererseits erwächst daraus die Gefahr einer teleologischen Interpretation der Entwicklung der DDR auf ihren Untergang hin.

Da nach der Wiedervereinigung unbestreitbar geworden ist, daß es nur eine die Geschichte der DDR mit einschließende gemeinsame deutsche Vergangenheit geben kann, erscheinen manche Aussagen zur deutschen Zeitgeschichte in neuem Licht. Vor allem muß Karl Dietrich Brachers Begriff der »doppelten Zeitgeschichte« erweitert werden. Wenngleich Bracher den Zusammenhang der Epoche seit dem Ersten Weltkrieg hervorhebt, drückt er mit dieser

1 So auch Ilse SPITTMANN, Das zweite Leben der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv 27 (1994) S. 459.

2 Siehe dazu Hermann WEBER, Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte, *ibid.*, S. 690–699.

3 Hans Günter HOCKERTS, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993) S. 105f.

Bezeichnung aus, daß es sich bei der Zwischenkriegszeit und der westdeutschen Nachkriegsgeschichte um zwei Dimensionen von Zeitgeschichte handelt, »die sich überschneiden und die direkt miteinander verflochten sind, [...] die [...] aufeinander stoßen, miteinander ringen, einander überlagern«⁴. Nunmehr haben wir es mit drei Zeitgeschichten zu tun, die auf die Dauer »in ein Relationengefüge zu bringen«⁵ sind. Dabei wird es unter anderem darum gehen, Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Drittem Reich und DDR und zwischen DDR und Bundesrepublik herauszuarbeiten. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß beide Staaten in Deutschland stets aufeinander bezogen blieben, so daß näher bestimmt werden müßte, inwieweit sich die von Christoph Kleßmann vorgeschlagenen Kategorien von »Verflechtung und Abgrenzung« als tragfähig erweisen⁶.

Wie sich die Integration der DDR-Geschichte in die gesamtdeutsche Geschichte auf die Diskussion über das Kontinuitätsproblem im 20. Jahrhundert auswirken wird, ist noch unklar. Es geht hier vor allem um den Stellenwert der Zäsur von 1945. Für Historiker, die vornehmlich die alte Bundesrepublik im Blick hatten und zudem sozial- und alltagshistorischen Fragen nachgingen, relativierte sich die Bedeutung dieser Zäsur in dem Maße, in dem Kontinuitätslinien über die Schwelle von 1945 erforscht wurden⁷. Eine Extremposition nimmt hier Paul Erker ein: Implizit von einem Primat der Sozialgeschichte ausgehend und ausschließlich die Entwicklung in Westdeutschland im Blick, erscheinen ihm die fünfziger Jahre »als der entscheidende politik- wie sozialgeschichtliche Einschnitt«⁸. Werden bei einer solchen Perspektive indes nicht die Auswirkungen des totalen Zusammenbruchs von 1945 sowie der soziopolitischen Weichenstellungen in der frühen SBZ/DDR erheblich unterschätzt? Gewiß, es gab keine »Stunde Null«, der Wiederaufbau erfolgte nicht voraussetzungslos, und im nachhinein stellt sich heraus, daß es vielleicht mehr beharrende Momente gab als zunächst angenommen. Indes wären auch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen der Nachkriegszeit im Westen Deutschlands ohne den Krieg, die totale Niederlage und die ausländische Besatzung undenkbar gewesen. Dies gilt in einem noch größeren Ausmaß für die Geschichte der SBZ/DDR, traten die sowjetische Besatzungsmacht und die SED doch hier mit dem Anspruch auf, nicht nur den Staat, sondern auch die Gesellschaft grundlegend zu verändern. Zwar müßte noch im einzelnen überprüft werden, inwieweit diese Zielsetzung realisiert wurde; anhand einer Reihe von Beispielen, wie etwa dem umfassenden Austausch der Funktionseliten in Verwaltung und Justiz, läßt sich jedoch bereits heute zeigen, daß diese Politik unübersehbare Spuren in der DDR-Gesellschaft hinterließ. Daher ist die Prognose Doering-Manteuffels, vor dem Hintergrund des Diktaturenvergleichs werde die Zäsur von 1945 noch stärker marginalisiert⁹, anzuzweifeln. Wenngleich es auch in der SBZ/DDR Elemente der Kontinuität gab, die es verbieten, von einer »Stunde Null« in Ostdeutschland zu

4 Karl Dietrich BRACHER, Doppelte Zeitgeschichte im Spannungsfeld politischer Generationen – Einheit trotz Vielfalt historisch-politischer Erfahrungen?, in: Bernd HEY, Peter STEINBACH (Hg.), Zeitgeschichte und politisches Bewußtsein, Köln 1986, S. 53–71, hier S. 57.

5 HOCKERTS (wie Anm. 3) S. 127.

6 Christoph KLESSMANN, Verflechtung und Abgrenzung – Umriss einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Klaus SCHÖNHOFEN, Dietrich STARITZ (Hg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 486–499.

7 Vgl. zu dieser Tendenz Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993) S. 19, 25.

8 Paul ERKER, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993) S. 202–238, hier 206, 218.

9 DOERING-MANTEUFFEL (wie Anm. 7) S. 28.

sprechen¹⁰, dürfte sich doch herausstellen, daß die Brüche in der historischen Entwicklung für die DDR stärker als für die Bundesrepublik waren¹¹.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zäsur von 1945 steht auch das Problem der Fragestellungen, unter denen die Geschichte der SBZ/DDR behandelt werden soll. Erker greift zu kurz, wenn er die seiner Meinung nach in der Erforschung der westdeutschen Nachkriegsgeschichte mittlerweile dominierenden sozialhistorischen Ansätze auf die historische DDR-Forschung »zum Teil nur wenig modifiziert« übertragen will¹². Abgesehen davon, daß bei einer dem Primat der Sozialgeschichte huldigenden Geschichtsschreibung weite Teile der historischen Realität ausgeblendet bzw. nur unter eingeschränktem Blickwinkel betrachtet werden, erscheint es gerade bei der Erforschung der SBZ/DDR angebracht, zunächst stärker politikhistorisch zu arbeiten¹³. Denn die gesellschaftlichen Transformationsprozesse östlich der Elbe waren undenkbar ohne einen tiefgreifenden Wandel des politischen Systems; daher werden gerade auch die an sozialhistorischen Problemstellungen Interessierten auf eingehende Untersuchungen der politischen Geschichte der SBZ/DDR angewiesen sein¹⁴. Die Tatsache, daß eine große Anzahl der zur Zeit in Arbeit befindlichen Projekte sich auf politische Fragen (im weitesten Sinne) konzentrieren, ist daher nicht zu bedauern, sondern zu begrüßen, da sie eine unerläßliche Voraussetzung für weitergehende Forschungsansätze darstellen.

Die Dominanz politikgeschichtlicher Fragestellungen auf diesem Gebiet wurde auch dadurch befördert, daß sich nicht nur Publizistik und Wissenschaft, sondern auch das Parlament mit der Geschichte der SBZ/DDR befaßt haben. Am 12. März 1992 beschloß der deutsche Bundestag die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Nach ihrer Konstituierung am 19. März formulierte sie ihren Untersuchungsauftrag in einer Beschlußempfehlung, die der Bundestag am 20. Mai 1992 billigte. In diesem Beschluß werden die außerwissenschaftlichen Motive der Enquete-Kommission deutlich benannt: Es ging ihr darum, »verletztem Rechtsempfinden durch Offenlegung des Unrechts und Benennung der Verantwortlichen Genüge zu tun«, »einen Beitrag zur Versöhnung der Gesellschaft zu leisten« und »im Dialog mit der Öffentlichkeit zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins und zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland beizutragen«. Sowohl in ihrer Zusammensetzung als auch in ihrer Arbeit bewegte sich die Enquete-Kommission auf einem Pfad zwischen Wissenschaft und Politik, da sie einerseits einen politischen Auftrag besaß, andererseits bei der Erfüllung dieses Auftrags auf die Unterstützung der Wissenschaft angewiesen war. Sie hat sich in den 27 Monaten ihres Bestehens im Rahmen von öffentlichen und nicht-öffentlichen Sitzungen und aufgrund von 148 von auswärtigen Sachverständigen erarbeiteten Expertisen mit sechs Themenkomplexen befaßt: Machtstrukturen und Entschei-

10 Jürgen KOCKA, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: Jürgen KOCKA (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993 (Zeithistorische Studien, 1) S. 21.

11 Vgl. Werner CONZE, Staats- und Nationalpolitik. Kontinuität und Neubeginn, in: Werner CONZE, M. Rainer LEPSIUS (Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 467.

12 ERKER (wie Anm. 8) S. 238.

13 Wenngleich Erker kritisiert, daß bei der SBZ/DDR-Forschung offensichtlich »die alte Reihenfolge: zuerst Politikgeschichte, dann Sozialgeschichte, wieder in Gang gesetzt wird« (ibid.), behandelt er selbst in einer seiner jüngsten Veröffentlichungen ein genuin politikgeschichtliches Thema der DDR-Geschichte: Paul ERKER, Arbeit nach Westdeutschland. Innenansichten des deutschlandpolitischen Apparates der SED 1959–1969, in: Roger ENGELMANN, Paul ERKER, Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1959–1969, München 1993 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 66) S. 133–196.

14 Dies belegt Erker im übrigen selbst, indem er der Sozialpolitik in der Nachkriegszeit einen erheblichen »Einfluß auf die Formierung der deutschen Gesellschaft« zuschreibt, so daß sich »Gesellschaftsgeschichte« nach 1945 »wesentlich über Sozialpolitik begreifen und deuten« lasse, ERKER (wie Anm. 8) S. 224.

dungsmechanismen in der DDR; Rolle und Bedeutung der Ideologie; Recht, Justiz und Polizei; innerdeutsche Beziehungen; Rolle und Selbstverständnis der Kirchen; Möglichkeiten und Formen abweichenden Verhaltens und oppositionellen Handelns. Derartig umfassende Themen konnten in der kurzen Zeit, die der Enquete-Kommission zur Verfügung stand, nicht eingehend erforscht werden. Dies erkannte man bereits bei der Formulierung des Auftrags, in dem betont wurde, die Kommission solle »die notwendige historische Forschung weder vorwegnehmen noch ersetzen«¹⁵. Dementsprechend zurückhaltend ist auch die eigene Bewertung des Abschlußberichts, der »als eine Zwischenbilanz mit politischer Akzentsetzung [...], nicht aber als eine wissenschaftliche Gesamtanalyse aus der Sicht des Jahres 1994« zu verstehen sei¹⁶. Es bleibt also festzuhalten, daß der Bundestag nicht ein »amtliches Geschichtsbild« vermitteln, sondern lediglich der Forschung Anstöße und Impulse geben wollte. Dies ist ihm – nicht zuletzt durch die Vergabe der Expertisen – auch gelungen¹⁷. Die Protokolle der öffentlichen Anhörungen und die Expertisen liegen inzwischen als achtzehnbändiges Sammelwerk^{17a} vor. Darüber hinaus ist im Auftrag der Enquete-Kommission ein für den DDR-Forscher äußerst nützliches Hilfsmittel erstellt worden. Es handelt sich dabei um eine Zusammenstellung von 759 laufenden Forschungsprojekten zur DDR-Geschichte, die auf Vollständigkeit abzielt¹⁸. Dem Interessierten steht hierin ein einzigartiges Kompendium auf dem Stand vom Dezember 1993 zur Verfügung, das von November 1994 an in unregelmäßigen Abständen im Deutschland Archiv unter der Rubrik »Aktuelles aus der DDR-Forschung« aktualisiert wird.

II.

Aufgrund der großen Anzahl äußerst unterschiedlicher Arbeiten auf dem Gebiet der historischen DDR-Forschung ist es nicht möglich, alle einschlägigen Vorhaben und alle, oftmals lokalhistorisch orientierten Initiativen¹⁹, hier detailliert zu behandeln. Es soll vielmehr darum gehen, die zentralen Einrichtungen, die gegenwärtig in Deutschland auf diesem Gebiet arbeiten, knapp zu würdigen und die dort bearbeiteten Projekte vorzustellen.

An erster Stelle ist der am 1. April 1981 begründete Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim zu nennen²⁰. Unter der Leitung von Hermann Weber hat diese Einrichtung trotz des damaligen Quellenmangels

15 Siehe Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Drucksache 12/7820, 31. 5. 1994, S. 7–10; die Zitate S. 9.

16 Ibid., S. 12.

17 So auch die Bewertung von Peter Jochen WINTERS, Zur Aufarbeitung von Geschichte, in: Deutschland Archiv 27 (1994) S. 787.

17a Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 18 Bde., Baden-Baden, 1995.

18 Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, bearbeitet von Thomas HEIMANN [1994].

19 Die Enquete-Kommission hat in ihrer ersten öffentlichen Anhörung am 30. September 1992 mit Vertretern einiger dieser Gruppierungen diskutiert. Das Protokoll dieser Anhörung, dem eine Gesamtliste der zu diesem Zeitpunkt existierenden Geschichtsinitiativen beigefügt ist, liegt gedruckt vor: Deutscher Bundestag (Hg.), Erfahrungsaustausch mit Organisationen, die sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen. Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« am 30. September 1992, Bonn 1993 (Zur Sache 93; 1).

20 Seine gegenwärtige Bezeichnung lautet: Arbeitsbereich DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

in den achtziger Jahren maßgebende Beiträge zur politischen Geschichte der SBZ/DDR vorgelegt. Sie hat ebenfalls seit ihrer Gründung die Entwicklung in der DDR aufmerksam beobachtet und dokumentiert. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung war der Arbeitsbereich somit nach der deutschen Vereinigung in besonderer Weise befähigt, auf der Grundlage der nunmehr zugänglichen Archivalien seine Forschungen fortzusetzen. Das Hauptvorhaben seit 1986 bildet eine umfassende Darstellung der Entwicklung der SBZ/DDR seit 1945, die auf sechs Darstellungs- und sechs Dokumentenbände angelegt ist. Die Arbeit an den ersten vier, den Zeitraum 1945 bis 1971 umfassenden Bänden war 1989 bereits so weit fortgeschritten, daß deren Veröffentlichung von 1991 an ins Auge gefaßt wurde. Die Öffnung der ehemaligen DDR-Archive führte zwar zu einer Verzögerung des Veröffentlichungstermins; das Vorhaben wird aber auf der Grundlage der Primärquellen weiter verfolgt²¹. Darüber hinaus hat der Arbeitsbereich eine kleine Außenstelle in Potsdam eingerichtet, an der zwei Projekte zur Jugendpolitik der DDR bearbeitet werden.

Das Institut für Zeitgeschichte München hat sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten in zunehmendem Maße der Nachkriegszeit zugewandt und sich dabei auch mit der Geschichte des zweiten deutschen Staates intensiv auseinandergesetzt. Wichtigstes Ergebnis war das gemeinsam mit dem Mannheimer Arbeitsbereich verfaßte, von Martin Broszat und Hermann Weber herausgegebene SBZ-Handbuch²². Mit dem Zusammenbruch der DDR entstand im Institut für Zeitgeschichte der Plan, eine eigene wissenschaftliche Abteilung zur Erforschung der SBZ/DDR-Geschichte im Großraum Berlin/Potsdam aufzubauen. Ausschlaggebend für die Wahl des Ortes waren die durch die Archive in Berlin und Potsdam gegebene Quellennähe, die damit verbundene Kostenersparnis sowie die Chance, ostdeutsche Historiker einzubeziehen. Nachdem die erforderlichen Entscheidungen gefallen waren, nahm die Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte mit vier aus den alten und zwei aus den neuen Bundesländern stammenden Mitarbeitern zu Beginn des Jahres 1994 ihre Arbeit auf.

Unter der Zielsetzung, die Geschichte der SBZ/DDR als Teil der gesamten deutschen Zeitgeschichte zu verstehen, wird in den Forschungen der Außenstelle die Vergangenheit des ostdeutschen Teilstaates nicht isoliert betrachtet. Angestrebt sind einerseits Vergleiche mit der NS-Diktatur, mit der Geschichte der Sowjetunion sowie den unter deren Einfluß stehenden osteuropäischen Staaten; andererseits soll bei der Behandlung der SBZ/DDR auch die Entwicklung des westlichen deutschen Teilstaats mit einbezogen werden. Thematisch konzentriert sich die Arbeit der Außenstelle auf sechs in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren angesiedelten Projekte, die von jeweils einem Wissenschaftler bearbeitet werden.

In zwei Forschungsvorhaben geht es um die sowjetische Einflußnahme auf die Entwicklung in der SBZ und der frühen DDR. Das eine ist dem Einfluß der SMAD auf das Herrschafts- und Gesellschaftssystem in der SBZ gewidmet, in dem unter anderem das Verhältnis von SMAD und KPD/SED genauer thematisiert wird. Ein erstes Arbeitsergebnis dieses Projekts bildet ein zusammengestelltes Inventar der »offenen« – also der nicht als »geheim« bzw. »streng geheim« klassifizierten – Befehle des Obersten Chefs der SMAD 1945–1949²³. Die andere Arbeit in diesem Zusammenhang thematisiert Ziele, Formen und Methoden sowjetischer Einflußnahme im ersten Jahrfünft der DDR am Beispiel der Agrarpolitik. Dabei geht es sowohl um die wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen bei der Lenkung der landwirt-

21 Vgl. Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften, Tätigkeitsbericht 1981–1991, Mannheim [1991]; Andrea HOFFEND, Zehn Jahre Mannheimer DDR-Arbeitsbereich, in: Deutschland Archiv 24 (1991) S. 753–755.

22 Martin BROSZAT, Hermann WEBER (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990 (2. Aufl. 1993).

23 Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 – Offene Serie – Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und bearbeitet von Jan FOITZIK, München, New Providence, London, Paris 1995.

schaftlichen Produktion als auch um deren Umsetzung in konkrete Politik. Beide Arbeiten stützen sich nicht nur auf Quellen aus den Beständen der ehemaligen DDR, sondern auch auf Archivalien sowjetischer Provenienz.

Ein weiteres Projekt beschäftigt sich mit der Justizgeschichte der SBZ/DDR in diktaturvergleichender Perspektive. Untersucht wird der Transformationsprozeß, in dessen Verlauf die Autonomie des Rechts als »dritter Gewalt« beseitigt wurde. Dabei steht zunächst die Rekonstruktion dieses bis in die fünfziger Jahre reichenden Vorgangs auf zentraler und regionaler Ebene im Mittelpunkt: Es geht also um eine historische Analyse des Beziehungsgeflechts zwischen den Leitungs- und Kontroll- sowie den Umsetzungs- und Ausführungsinstanzen. In einem späteren Forschungsabschnitt sollen die hier gewonnenen Ergebnisse mit den bereits vorliegenden Erkenntnissen zu den entsprechenden Vorgängen im Dritten Reich verglichen werden. Ebenfalls auf einen Diktaturenvergleich angelegt ist ein Projekt zu Hitlerjugend und Freier Deutscher Jugend in den Jahren 1935 bis 1955. Beide Organisationen, die in den größeren Zusammenhang der Jugendpolitik im Dritten Reich und der DDR gestellt werden, sollen auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede und auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten hin untersucht werden.

Mit der Vertriebenen- und Flüchtlingsproblematik in der DDR befassen sich zwei Forschungsarbeiten. Zum einen geht es um das Problem, wie die knapp viereinhalb Millionen Flüchtlinge, die sich bald nach Kriegsende in der SBZ befanden, in die ostdeutsche Gesellschaft integriert wurden. Dieser Prozeß soll auf zonaler Ebene, auf der Regionalebene der Länder und der Mikroebene der Städte, Landkreise und Gemeinden analysiert werden. Zum anderen ist als Ergänzung dieser politik- und sozialgeschichtlichen Untersuchung eine kollektiv-biographische Dokumentation, die den Grad der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die SBZ/DDR aufzeigen soll, in Arbeit²⁴.

Während sowohl der Mannheimer Arbeitsbereich als auch das Institut für Zeitgeschichte bereits länger etablierte Forschungseinrichtungen im Bereich der DDR-Geschichte sind, handelt es sich bei dem Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam um eine Anfang 1992 erfolgte Neugründung. Er geht zurück auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom Juli 1991, denen zufolge an Stelle der zum 31. Dezember 1991 aufgelösten Akademie-Institute der DDR zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den fünf neuen Ländern begründet werden sollten²⁵. Der Forschungsschwerpunkt, der sich der Erforschung der Geschichte der SBZ/DDR »in breiten Zusammenhängen«²⁶ widmen will, ist eines jener sieben geisteswissenschaftlichen Zentren, die neben einer Vielzahl anderer Institute auf diese Empfehlung hin errichtet wurden. Unter der kommissarischen Leitung von Jürgen Kocka, eines der Mitglieder des Wissenschaftsrats während der sogenannten »Wende«, und Christoph Kleßmann (seit dem 1. April 1994) sind dort in der Mehrzahl ehemalige Mitglieder der aufgelösten DDR-Akademie-Institute tätig: 14 wissenschaftliche Mitarbeiter stammen aus den östlichen, acht aus den westlichen Bundesländern (Stand: April 1994)²⁷.

Über die personelle Zusammensetzung des Zentrums wurde in den öffentlichen Medien im Herbst 1993 eine teils heftige Debatte geführt, in der es vor allem um die Frage ging, ob Historikern aus den östlichen Bundesländern, die sich bereits vor 1989 mit der Geschichte der

24 Diese Ausführungen beruhen weitgehend auf: Horst MÖLLER, Hartmut MEHRINGER, Die Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte München, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995) S. 173–186. Erste Ergebnisse einiger dieser Forschungsprojekte liegen gedruckt vor: Hartmut MEHRINGER (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995.

25 Zu diesem Prozeß Jürgen KOCKA, Folgen der Einigung für die Geschichts- und Sozialwissenschaften, in: Deutschland Archiv 25 (1992) S. 793–802.

26 So Jürgen KOCKA, Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Potsdam. Aufgaben und Arbeiten, in: Deutschland Archiv 26 (1993) S. 984.

27 Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien. Tätigkeitsbericht 1993.

DDR befaßt hatten, auch heute noch die Gelegenheit gegeben werden sollte, an einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Einrichtung in dieser Orientierung weiter tätig zu sein. Kocka verteidigte unter Verweis auf die Lernfähigkeit der ehemaligen DDR-Historiker das Konzept, diesen die Möglichkeit zu geben, sich kritisch mit ihrer Vergangenheit zu befassen und hob hervor, daß sie »in die Forschung Wichtiges einbringen [könnten], was der Neuankömmling aus dem Westen leicht übersieht und nur schwer erkennt«²⁸. Zudem vertrat er die Meinung, daß die am Forschungsschwerpunkt praktizierte Zusammenarbeit von ost- und westdeutschen Forschern nötig und für die wissenschaftliche Arbeit von Nutzen sei.

Nach eigener Darstellung betrachtet das Zentrum die DDR »u. a. als moderne Diktatur besonderer Prägung«. Um diese in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt einordnen zu können, wird dabei zum einen das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität in der DDR nach 1945 untersucht, zum anderen die NS- mit der SED-Diktatur und die westdeutsche mit der ostdeutschen Nachkriegsentwicklung verglichen. Dies geschieht im Rahmen einer Vielzahl von Forschungsprojekten. Unter sozial- und mentalitätshistorischer Fragestellung geht es um die Entwicklung der Arbeiter in der Niederlausitz von 1936 bis 1965. Das Aufwachsen in der Diktatur wird anhand von Arbeiten zur Kinderorganisation »Junge Pioniere«, zur Rolle von Familie und Schule bei der Sozialisation von Kindern im Ost-Berlin der fünfziger Jahre und zu den Wertevorstellungen der sogenannten »Hitler-Jugend-Kohorte« in der frühen DDR thematisiert. Weitere Forscher fragen nach internen und externen Belastungen, die mit dafür verantwortlich sind, daß die DDR-Wirtschaft stets hinter der Bundesrepublik zurückblieb. Diese Arbeiten werden durch eine Untersuchung zum Wandel der Agrarwirtschaft in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern während der Jahre 1945 bis 1960 ergänzt. Wie mit Nationalsozialismus und Widerstandstraditionen in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik umgegangen wurde, wird ebenso behandelt wie ausgewählte Themen zur Sozialgeschichte der Literatur in der DDR. Auch die politische Geschichte im engeren Sinne kommt nicht zu kurz: Hier geht es um die deutschlandpolitischen Konzeptionen der SED der frühen sechziger und der siebziger Jahre, um Aspekte der sowjetischen Deutschlandpolitik in der Endphase des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit sowie um Herrschaftsstrukturen und Machtinstrumente der SED-Diktatur. Schließlich sind noch Vorhaben zur Wissenschaftsgeschichte der DDR (vornehmlich zur Geschichtswissenschaft), zur Geschlechtergeschichte, zur Sozialgeschichte der Volkspolizei und zur Dissidententradition in der DDR und Polen zu nennen²⁹. Erste Zwischenergebnisse von einigen dieser Forschungsprojekte liegen mittlerweile in einem Sammelband vor³⁰. Im Zuge der Institutionalisierung des Forschungsschwerpunktes wurde 1995 dessen Arbeit unter dem Titel »Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der Geschichte der DDR« in vier Projektfelder gegliedert, in die ein Großteil der genannten Einzelprojekte aufgegangen sind. Es handelt sich dabei um die Themen »Die SBZ/DDR zwischen Sowjetisierung und Eigenständigkeit – Handlungsspielräume und Entscheidungsprozesse 1945–1963«, »Führungsgruppen und ›Apparate‹ des SED-Regimes. Zur Sozialgeschichte der ›Diktatur des Proletariats‹ in der SBZ/DDR«, »Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte in Berlin-Brandenburg« und »Geschichte als Herrschaftsdikturs in der DDR. Institutionen, Leitbilder und Praktiken«^{30a}. Die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter ist indes reduziert worden.

Um eine Neugründung handelt es sich auch bei dem an der Technischen Universität Dresden angesiedelten Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Es geht auf eine Initiative der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag zurück, der es im Herbst des Jahres 1991

28 Jürgen KOCKA, Auch Wissenschaftler können lernen. Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam. Eine Entgegnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 8. 1993.

29 Tätigkeitsbericht 1993 (wie Anm. 27).

30 KOCKA (wie Anm. 10).

30a Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 3, Juni 1995, S. 4f.

gelang, sowohl die SPD- und FDP-Fraktionen als auch die Sächsische Staatsregierung zur Unterstützung ihres Vorhabens zu gewinnen. Im Anschluß an diese politische Weichenstellung wurde eine Kommission aus Landtagsabgeordneten und Wissenschaftlern mit den Planungen beauftragt, die am 9. November 1992 so weit abgeschlossen waren, daß das Hannah-Arendt-Institut ins Leben gerufen werden konnte. Es hat unter anderem die Aufgaben, die politischen und gesellschaftlichen Strukturen der NS-Diktatur und des SED-Regimes zu untersuchen, zeitgeschichtliche Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Formen und Strukturen totalitärer Systeme zu betreiben, die Untersuchung des Widerstands gegen alle Formen von Gewaltherrschaft auf deutschem Boden zu intensivieren und das Schicksal von Opfern der NS-Diktatur, der sowjetischen Besatzungsherrschaft und des SED-Regimes zu erforschen. Dabei ist der Name der Einrichtung in gewisser Weise Programm: Im Unterschied etwa zu Jürgen Kocka, der den Begriff »moderne Diktatur«³¹ vorzieht, fühlt sich das Institut dem methodischen Ansatz und den historischen Erkenntnissen von Hannah Arendt verpflichtet, die mit ihrem Werk »The Origins of Totalitarianism« Wege zur Analyse totalitärer Systeme gewiesen hat.

Wenngleich in langfristiger Perspektive sowohl das Dritte Reich als auch die SBZ/DDR unter übergreifenden Fragestellungen untersucht werden sollen, geht es bei den gegenwärtigen Forschungen ausschließlich um die zweite deutsche Diktatur. Unter der Leitung des inzwischen verstorbenen Gründungsdirektors Alexander Fischer ist eine Vielzahl von Projekten in Angriff genommen worden, die vornehmlich, aber keineswegs ausschließlich die politische Geschichte im Blick haben. Zunächst sind hier Untersuchungen zur Geschichte der SMAD, zur Rolle der Blockparteien in der SBZ/DDR, zum 17. Juni 1953 in Sachsen und zur Geschichte der politischen Wende in der DDR von 1989/90 zu nennen. Des Weiteren ist eine wissenschaftliche Edition der Protokolle der Landesverwaltung und, ab 1946, der Landesregierung Sachsen (1945–1952) im Entstehen begriffen. Im Hinblick auf die Wirtschaftsgeschichte ist ein interdisziplinär angelegtes Projekt zur Geschichte des Uranbergbaus in der SBZ/DDR geplant; darüber hinaus sind Einzelstudien zum Schicksal der Flugzeugindustrie (1955–1961) und zur Entwicklung der Mikroelektronik (1975–1989) in Arbeit³².

Mit der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beschäftigt sich die Abteilung Bildung und Forschung (BF) in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) in Berlin. Die Einrichtung dieser Abteilung im Jahre 1992 geht auf das am 29. Dezember 1991 in Kraft getretene Stasi-Unterlagen-Gesetz zurück. Dies verpflichtete die Behörde unter anderem zur »Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes« sowie zur »Unterrichtung der Öffentlichkeit über dessen Struktur und Wirkungsweise«. Die Abteilung wurde im Verlauf des Jahres 1992 aufgebaut; an ihrer Spitze steht Klaus-Dietmar Henke. Neben der Bearbeitung zahlreicher Anträge aus Wissenschaft und Publizistik auf Einsichtnahme in die Stasi-Akten widmen sich die momentan sechzehn wissenschaftlichen Mitarbeiter der eigenen Forschung, die nicht nur die Bestände des MfS, sondern die aller themenrelevanten Archive nutzt.

Aufgrund des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und der hohen Erwartungen der Öffentlichkeit an die Abteilung BF ergaben sich folgende Grundentscheidungen für deren Arbeit: Forschung und politische Bildung sollen eng miteinander verzahnt werden (was die rasche Veröffentli-

31 Auch Kocka gibt freilich zu, daß die Begriffe »totalitär« oder »stalinistisch« »als qualifizierende Attribute mit dem Diktaturbegriff nicht unvereinbar« seien, *ibid.*, S. 24. Sein Motiv, den Totalitarismusbegriff nicht zu benutzen, ist, wie er selbst zugegeben hat, pragmatischer und nicht inhaltlicher Art; vgl. Paul STROOP, Ein deutscher Sonderweg im Osten. Jürgen Kockas Akademievortrag über die Sozialgeschichte in der DDR, in: *Der Tagesspiegel*, 17. 6. 1994.

32 Diese Informationen entstammen weitgehend dem Vademekum der Geschichtswissenschaften. Verbände, Organisationen, Gesellschaften, Vereine, Institute, Seminare, Lehrstühle, Bibliotheken, Archive, Museen, Dienststellen und Ämter sowie Historiker in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Mit einem Geleitwort von Lothar GALL, Stuttgart 1994.

chung von Forschungsergebnissen impliziert); die Jahre nach dem Mauerbau 1961 werden intensiver erforscht als die fünfziger Jahre; die Abteilung BF schaltet sich aktiv in die wissenschaftliche und öffentliche Debatte ein. Das Generalthema der Forschungsabteilung bildet das Verhältnis von Staatssicherheit und SED: Dabei handelt es sich offensichtlich um ein Langzeit-Vorhaben, da diese Problematik sowohl für die einzelnen Abschnitte der DDR-Geschichte als auch für die verschiedenen staatlichen Ebenen sehr differenziert behandelt werden muß. Daneben stehen vier Hauptprojekte im Mittelpunkt der Arbeit. Wohl am wichtigsten ist ein für 1995 vorgesehenes »MfS-Handbuch«, das alle greifbaren Informationen zu Entwicklung, Personal und Struktur des MfS enthalten soll. Ein weiteres Projekt befaßt sich mit Rekrutierungsmustern, Sozialstruktur, Funktion und Bedeutung der Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS. Drittens werden Potential, Ausdifferenzierung, Aktionen und Wirkungsweise von Opposition und Widerstand in der DDR zwischen dem Jahr des Mauerbaus und 1989 untersucht. Schließlich ist geplant, ausgewählte Berichtsserien, die vom »Gehirn« des MfS, der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, erstellt wurden, in Form von Dokumentationen herauszugeben³³. Einblicke in den Forschungsstand der Abteilung gab eine von ihr veranstaltete Tagung am 11./12. März 1994 zu der Thematik: MfS-Akten und Zeitgeschichtsschreibung³⁴.

Als weitere zentrale Forschungseinrichtung ist das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung (IzJ) zu nennen. Es entstand im Sommer 1990 noch unter dem Dach der Akademie der Wissenschaften der DDR. Seine damaligen Mitarbeiter trugen wesentlich zur Sicherung des Archivs des Zentralrats der FDJ bei, das von 1990 an für fast vier Jahre vom IzJ verwaltet wurde. Erst im März 1994 hat die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv auch die FDJ-Bestände übernommen³⁵. Das IzJ hat in der Zeit von 1990 bis 1993 nicht nur auswärtigen Forschern die FDJ-Bestände zur Verfügung gestellt, sondern unter der Leitung von Helga Gotschlich auch selbst mit diesen gearbeitet. Über die 1993 in Arbeit befindlichen bzw. geplanten Forschungsprojekte informiert ein Jahresbericht, der indes, sowohl was die Anzahl der Mitarbeiter als auch die Projekte betrifft, inzwischen überholt ist³⁶. Dies gilt vor allem für die Ausführungen zu einem Vorhaben, das einen Vergleich von Hitlerjugend und Freier Deutscher Jugend anstrebt; ein Mitarbeiter, der dieses Thema kompetent erforschen könnte, steht dem Institut nämlich nicht zur Verfügung. Daher beschränken sich die folgenden Ausführungen auf die Projekte, deren Bearbeitung auch tatsächlich am IzJ erfolgt. Dabei handelt es sich um Forschungen zum Elitenwechsel in der frühen FDJ (1946–1955), zur Westarbeit der FDJ (1946–1989), zur Hochschulpolitik der FDJ während der sechziger Jahre, zu »Rock und Politik in der DDR der 70er und 80er Jahre« und zur Haltung der FDJ zu Israel in den Jahren 1946 bis 1953. Erste Ergebnisse dieser Vorhaben sind in Aufsatzform in dem vorliegenden Jahresbericht veröffentlicht. Weitere Beiträge, nicht nur aus der Feder der Institutsmitarbeiter, enthält ein von Helga Gotschlich herausgegebener Sammelband, in dem die auf einer IzJ-Tagung vom Herbst 1993 gehaltenen Referate abgedruckt sind³⁷.

33 Erster Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik – 1993, S. 69–70; Siegfried SUCKUT, Eine neue Forschungseinrichtung stellt sich vor. Die Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, in: Deutschland Archiv 26 (1993) S. 555–557; id., Zugang zu den Stasi-Akten für Wissenschaftler erleichtert, in: Das Parlament, 17. 6. 1994.

34 Siehe dazu den Bericht von Michael SCHWARTZ, MfS-Akten und Zeitgeschichtsschreibung, in: Deutschland Archiv 27 (1994) S. 536–539.

35 WEBER (wie Anm. 2) S. 692.

36 Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Jahresbericht 1993.

37 Helga GOTSCHLICH (Hg.), »Links und links und Schritt gehalten ...«. Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Berlin 1994 (Die Freie Deutsche Jugend. Beiträge zur Geschichte einer Massenorganisation,

Mit der Übernahme des 1958 gegründeten Militärgeschichtlichen Instituts in Potsdam durch das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr im Jahre 1990 haben sich Veränderungen im Arbeitsschwerpunkt dieser inzwischen nach Potsdam umgezogenen Forschungseinrichtung ergeben. Nachdem das Militärgeschichtliche Forschungsamt in den achtziger Jahren die Anfänge der westdeutschen Sicherheitspolitik eingehend behandelt hat³⁸, besteht nun die Chance, auf der Grundlage der einschlägigen Archivalien – die das Militärarchiv im Bundesarchiv übernommen hat – die Geschichte der NVA und deren Einbindung in das östliche Sicherheitssystem systematisch zu erforschen. An diesem Vorhaben arbeiten sowohl west- als auch ostdeutsche Militärgeschichtler mit, um, so Bruno Thoss, die Forschungserfahrungen beider Seiten nutzbar zu machen und dem Verdacht einer »Siegerhistorie« entgegenzuwirken³⁹. Die bereits geleisteten Arbeiten zur westdeutschen Sicherheitspolitik und Detailforschungen zu Aufbau und Entwicklung der ostdeutschen Streitkräfte sollen eine neue Gesamtsicht deutscher Militärgeschichte nach 1945 in vergleichender Perspektive ermöglichen.

Im Mittelpunkt der Forschungen zur ostdeutschen Militärgeschichte steht ein Projekt zur NVA-Geschichte, das sich an den Phasen der Streitkräfteentwicklung orientiert. Der erste Band, der die Phase der »verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR in den Jahren 1947 bis 1952 schildert, liegt bereits vor⁴⁰; zwei weitere Bände zur Ausbildung von Kaderverbänden in der Kasernierten Volkspolizei (1952–1956) und zur Integration der NVA als Bündnisarmee in den Warschauer Pakt (1956–1990) sind eingeleitet bzw. geplant. Darüber hinaus stehen eine Bibliographie zum militärhistorischen Schriftgut über die Sicherheits- und Militärpolitik der SBZ/DDR von 1945 bis 1990 und ein Quellenband zur Vorgeschichte der NVA (1945–1956) unmittelbar vor dem Abschluß. Schließlich wird an Spezialstudien zum Bild der NATO in den Warschauer-Pakt-Staaten gearbeitet.

Ein vor der deutschen Vereinigung wenig beachteter Untersuchungsgegenstand war die Kirche in der DDR. Erst als im Zuge der Revolution von 1989 die evangelische Kirche ins Rampenlicht der Medien geriet, trat sie als einzige nicht gleichgeschaltete Großorganisation in der DDR ins allgemeine Bewußtsein. In dem Maße aber, in dem bekannt wurde, daß einzelne kirchliche Mitarbeiter mit dem MfS zusammengearbeitet hatten, wandelte sich dieses Bild, und die These, daß die evangelische Kirche, in Deutschland traditionell mit der staatlichen Obrigkeit eng verbunden, auch mit den Machthabern in der DDR zum eigenen Nutzen paktiert habe, stieß auf breite Zustimmung. Eine Reihe von Veröffentlichungen, insbesondere eine umstrittene Dokumentation zum Verhältnis des MfS zu den Kirchen⁴¹, veranlaßte den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die Initiative zur Aufarbeitung der kirchlichen Vergangenheit in der DDR zu ergreifen. In einer Sitzung am 21./22. Februar 1992 entschloß sich der Rat der EKD, nachdem er vom Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über die Arbeitsweise des MfS und den Stand der Aktenaufarbeitung in der dafür zuständigen Behörde informiert worden war, eine fachwissenschaftliche Dokumentation zur

1). Die Konferenz zu dem Thema: »Die Führung der FDJ in Entscheidungssituationen in der SBZ/DDR-Geschichte« fand am 24./25. 9. 1993 statt. Vgl. dazu den Tagungsbericht von Ulrich MÄHLERT, in: Deutschland Archiv 26 (1993) S. 1420–1422.

38 Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, 3 Bände, München, Wien 1982–1993.

39 So ehrenwert dieses Motiv ist – seriöse historische Forschung sollte weder »Sieger-« noch »Verlierer-geschichte« kennen.

40 Bruno THOSS (Hg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen der »verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994 (Beiträge zur Militärgeschichte, 51). Die Angaben zu den Forschungen des MGFA entstammen weitgehend dem Vorwort und der Einleitung zu diesem Band.

41 Gerhard BESIER, Stephan WOLF (Hg.), »Pfarrer, Christen und Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991 (2. Aufl. 1992).

Frage »Kirche und Staat in der DDR« herauszugeben. Dazu griff das Kirchenamt der EKD auf die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte zurück, eine Einrichtung, die seit 1955 vor allem an der Erforschung der Kirchengeschichte im Nationalsozialismus mitgewirkt hat. Im April 1992 legte ein Arbeitsausschuß der EKD einen Katalog von zunächst sechs Themen fest, anhand derer die Gesamthematik exemplarisch bearbeitet werden soll. Es ist vorgesehen, daß diese Einzelstudien in eine umfassendere Gesamtdarstellung und die geplante Dokumentation Eingang finden⁴². In Arbeit ist bisher lediglich eine dieser Studien, die die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom September 1987 in Görlitz unter der Fragestellung behandelt, inwieweit die DDR-Staats- und Parteiführung versucht hat, den Verlauf dieser Synode zu beeinflussen. Daß das Gesamtthema nach wie vor auf reges wissenschaftliches Interesse stößt, zeigt die große Anzahl von Arbeiten, die in der Broschüre »Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte« unter dem Stichwort »Kirchen/Religionsgemeinschaften« aufgeführt sind⁴³.

Wenngleich keine eigene Einrichtung für die Erforschung der Justizgeschichte der SBZ existiert, sind auf diesem Feld bereits einige grundlegende Veröffentlichungen erschienen⁴⁴. Maßgeblich dazu beigetragen hat das Bundesjustizministerium, das nach einer entsprechenden Initiative im Bundestag am 28. November 1991 die Ausstellung »Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED« organisierte. Damit diese Ausstellung im Juni 1994 in Berlin eröffnet werden konnte, war es erforderlich, auf der Grundlage der Archivalien Einblicke in das Funktionieren des Justizsystems zu erhalten. Daher förderte das Bundesjustizministerium ein Vorhaben, das sich unter der Anleitung von Hubert Rottleuthner mit der Steuerung der Justiz in der DDR befaßte. Das Ergebnis dieser Arbeit ist ein umfangreicher Sammelband, der Beiträge zu Strukturen und Mechanismen der Justizsteuerung, zu den Rechtsquellen der DDR, zur Steuerungs- und Eingriffspraxis des zentralen Parteiapparats der SED in die politische Strafjustiz, zur Deutschen Zentralverwaltung für Justiz, zum Ministerium der Justiz, zum Obersten Gericht, zur Generalstaatsanwaltschaft, zu den Volksrichtern, zum Disziplinarrecht für Berufsrichter, zur »Kollektivierung« der Rechtsanwaltschaft und zur DDR-Justiz im Prozeß der »Wende« enthält⁴⁵. Darüber hinaus sei auf die im Zusammenhang mit der Ausstellung erschienenen Publikationen verwiesen, die Einblicke in die vielfältigen Facetten der DDR-Justiz ermöglichen, wenngleich sie das wissenschaftliche Niveau des Bandes zur Justizsteuerung nicht erreichen⁴⁶.

III.

Läßt man die vorgestellten Institutionen und Projekte Revue passieren – und hier sind die an den Lehrstühlen für die historischen Teildisziplinen und für Politikwissenschaft bearbeiteten Themen noch nicht erfaßt –, muß festgestellt werden, daß politik- und sozialgeschichtliche Forschungen selbst nur einen Teil des gesamten Spektrums ausmachen. Insofern ist es auch müßig, sich über den Vorrang von Sozial- oder Politikgeschichte im Zusammenhang mit der

42 Joachim MEHLHAUSEN, Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte und die Erforschung der Kirchenpolitik in der DDR, in: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 13 (1993) S. 1–6.

43 Enquete-Kommission (wie Anm. 18) S. 58–72.

44 Siehe dazu Hermann WENTKER, Geschichte der Justiz in der DDR, in: Neue Politische Literatur 39 (1994) S. 442–458.

45 Hubert ROTTLEUTHNER unter Mitarbeit von Andrea BAER u. a., Steuerung der Justiz in der DDR. Einflußnahme der Politik auf Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, Köln 1994.

46 Es handelt sich um einen Katalog, einen wissenschaftlichen Begleitband und einen Dokumentenband zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz: »Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED«, erschienen in Leipzig, 1994.

Erforschung der ostdeutschen Vergangenheit zu streiten, da sich beides ergänzen muß, wenn nicht wesentliche Teile der Entwicklung ausgeblendet werden sollen. Im Hinblick auf die Frage nach der Qualität des Bruchs von 1945 in der SBZ/DDR gilt es, ähnlich wie in Westdeutschland, das Mischungsverhältnis von Elementen der Kontinuität und des Neubeginns präzise zu bestimmen. Nur dann kann ein Vergleich der beiden deutschen Diktaturen wie der beiden Staaten in Deutschland nach 1945 mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden.